

WAHLEN IN DER TÜRKEI: WIE DEUTSCH-TÜRKEN ENTSCIEDEN UND WIE DIE POLITIK REAGIERT

Viele Stimmen aus Deutschland für Erdogan

VON MARKUS DECKER
UND NORBERT HOLST

Die Begeisterung brach sich am Sonntag optisch wie akustisch Bahn. In Berlin und anderen deutschen Städten fuhrn Deutsch-Türken mit ihren Autos durch die Straßen und feierten den Wahlsieg „ihres“ Präsidenten Recep Tayyip Erdogan. Den Hupkonzerten entsprach das Wahlverhalten: Nach Auszählung der Stimmen in Deutschland kam er auf 64,8 Prozent im Vergleich zu 52,6 Prozent insgesamt. Sein stärkster Mitbewerber Muharrem Ince von der linksliberalen Oppositionspartei CHP holte nur 21,9 Prozent, der Kandidat der pro-kurdischen HDP, Selahattin Demirtas, 10,0 Prozent. Dabei war die Wahlbeteiligung mit 45,7 Prozent vergleichsweise hoch.

Die hohe Zustimmung für Erdogan in Deutschland sorgte für empörte Reaktionen. Der Vorsitzende der Kurdischen Gemeinde, Ali Ertan Toprak, sagte: „Alle Türken, die die Errichtung eines Ein-Mann-Regimes auf deutschen Straßen feiern, zeigen damit, dass sie unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung ablehnen.“ Auch der grüne Außenexperte Cem Özdemir kritisierte die Erdogan-Anhänger. Sie hätten bei den Autokorsos „nicht nur gefeiert, dass ihr Alleinherrscher jetzt noch stärker Alleinherrscher wird“, sondern auch „ein bisschen eine Ablehnung zur liberalen Demokratie zum Ausdruck gebracht“, erklärte er.

Auf den zweiten Blick ist das Ausmaß der Erdogan-Begeisterung in Deutschland indes nicht so groß, wie es auf den ersten Blick scheint. Und da, wo diese Begeisterung existiert, gibt es Erklärungen dafür. Tatsache ist zunächst einmal, dass von den rund drei Millionen Deutsch-Türken bloß 1,4 Millionen wahlberechtigt sind. Von diesen wiederum schritten nur 45,7 Prozent zur Urne. Gülay Kizilocak vom Zentrum für Türkeistudien in Essen sieht darin ein Zeichen, dass die Hälfte der wahlberechtigten Deutsch-Türken mit der Türkei nichts zu tun haben wollen.

Dafür, dass die Zustimmung für den Präsidenten so hoch war, werden von Experten überwiegend zwei Gründe genannt. Kizilocak verweist erstens darauf, dass ein mehrheitlich Arbeitsmigranten aus ländlichen Regionen und bildungsfernen Schichten nach Deutschland gekommen seien. „Sie hängen an ihren traditionellen Werten.“

Die Wissenschaftlerin führt als zweiten Grund die bis heute mangelnde Integration vieler Deutsch-Türken an, auch von jungen. „Sie fühlen sich noch nicht richtig aufgenommen“, erklärt sie. Daraus resultierten „Trotzreaktionen“. Erdogan gebe den Nicht-Integrierten das Gefühl: „Ich bin euer Präsident.“ Man solle dies jedoch nicht mit ideologischer Nähe zu Erdogans Regierungspartei AKP verwechseln. Denn ansonsten neigten die meisten Deutsch-Türken eher zu SPD, Grünen und Linken.

Günter Seufert von der Stiftung Wissenschaft und Politik warnt deshalb einerseits davor, das Wahlverhalten zu dramatisieren – zumal es in europäischen Nachbarländern ähnlich und teilweise noch AKP-lastiger sei. Andererseits sei es schon „ein Problem“.

Auch in Bremen haben Erdogan-Anhänger am Sonntag die Wiederwahl des Staatspräsidenten gefeiert und teilweise für Ärger gesorgt. Wie die Polizei berichtete, kam es am Abend zu Autokorsos, an denen sich etwa 50 Fahrzeuge beteiligten. Am Breitenweg hielten die Anhänger vor der Kreuzung der Bahnhofstraße und blockierten die Fahrbahnen. „Die Einsatzkräfte stellten viele Verkehrsverstöße fest, wie das Herauslehnen aus dem fahrenden Fahrzeug, das Blockieren von Kreuzungsbereichen sowie das Tanzen auf Fahrzeugdächern“, so ein Polizeisprecher.

Deutschtürken aus Bremen konnten in den vergangenen Wochen per Briefwahl in den



In Bremen tanzten Anhänger von Staatspräsident Erdogan an einer Kreuzung am Breitenweg auf den Autodächern.

FOTO: MAREK PÖTZSCH

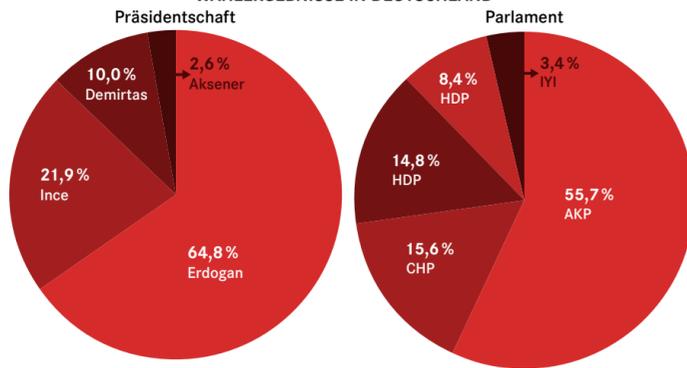
WAHLBERECHTIGTE IN DEUTSCHLAND

Wahlbeteiligung 45,7 %



© WESER-KURIER • CIMEN QUELLEN: : AUSSENMINISTERIUM, NACHRICHTENAGENTUR ANADOLU

WAHLERGEBNISSE IN DEUTSCHLAND



In Hannover (Bremen gehört dazu)

60,1% Erdogan

20,6% Ince

Generalkonsulaten in Hannover und Hamburg abstimmen. Im Einzugsbereich des Generalkonsulats Hannover stimmten 60,1 Prozent für Erdogan, in Hamburg waren es 59,3. Damit erhielt der Staatspräsident eine erhebliche geringere Zustimmung als die 64,8 Prozent im Bundesdurchschnitt.

Tief besorgt über die Anhänger Erdogans in Deutschland zeigte sich Cindi Tuncel, der für die Linke in der Bremer Bürgerschaft sitzt. „Diese Leute wollen keine auf Rechtsstaatlichkeit und Grundrechten basierende Demokratie, die überzeugten AKP/MHP-

Akteure wollen ganz offensichtlich eine autoritäre Herrschaft ihres neo-osmanischen Patriarchen Erdogan.“ Zum Wahlgang in der Türkei meinte Tuncel in einer Pressemitteilung: „Von einer fairen und freien Wahl konnte erneut keine Rede sein.“

Helga Trüpel, aus Bremen kommende Vizepräsidentin des Kulturausschusses im Europaparlament, zeigte sich enttäuscht vom Ergebnis. „Der Ausgang der Wahlen ist eine Ernüchterung für alle, die gehofft hatten, Erdogan könnten diesmal die Grenzen aufgezeigt werden.“ In der Benachtei-

ligung der Opposition habe sich erneut ein „Muster“ gezeigt, das man aus den vergangenen Wahlen in der Türkei kenne, erklärte die Grünen-Politikerin.

Gedanken über die Beziehungen zwischen der Türkei und der EU macht sich Roy Karadag von der Universität Bremen. „Ich glaube, der Zug für einen EU-Beitritt der Türkei ist schon lange abgefahren. Formal wird zwar niemand von diesen Bemühungen Abstand nehmen, aber die EU wird das Thema versenden lassen“, sagte der Politologe gegenüber faz.net.

Maas respektiert Wahlausgang

Bundesaußenminister Heiko Maas hat den wiedergewählten türkischen Staatschef Recep Tayyip Erdogan aufgerufen, so schnell wie möglich den Ausnahmezustand aufzuheben. Ein solcher Schritt könnte „das Verhältnis zwischen der Türkei und Deutschland, aber auch zwischen der Türkei und Europa“ verbessern, sagte der SPD-Politiker am Rande eines EU-Treffens in Luxemburg. „Das wäre ein erstes, aber wichtiges Signal.“ Grundsätzlich kündigte Maas an, das Ergebnis der Wahlen zu akzeptieren und zu respektieren. „Wir sind gespannt, wozu das Ergebnis jetzt führt, wenn die Wahlen ausgewertet, abgeschlossen sind und die neuen Verantwortlichen ihre Arbeit aufnehmen“, erklärte er.

Wie sich das Wahlergebnis auf das Verhältnis der Türkei zu Deutschland und Europa auswirkt, hängt nach den Worten des CDU-Europaabgeordneten Elmar Brok „sehr stark von Erdogan selbst ab“. Wenn er sich „jetzt ausreichend sicher“ fühle, könne man mit ihm in Fragen der Terrorismusbekämpfung sowie der Sicherheits- und Migrationspolitik „vielleicht in praktischer Weise zusammen arbeiten“. Nach innen sei von Erdogan keine Mäßigung zu erwarten, betonte Brok, der Erdogan nach eigenen Worten seit 20 Jahren kennt. Dies gelte umso mehr, als dieser in einem nun „vollständigen Präsidialstaat“ über noch mehr Macht verfüge. Allerdings sei er, so der CDU-Politiker, „für jede Fehleinschätzung offen“.

In den vergangenen Jahren war es im türkisch-europäischen Verhältnis an mehreren Stellen zu Konflikten gekommen. Einerseits ging es um den Putsch in der Türkei und Erdogans autoritäre Reaktion darauf. Kritik daran beantwortete dieser mit wütenden Attacken. Andererseits ging es um praktische Fragen wie das Flüchtlingsabkommen, die nach Einschätzung hiesiger Quellen mindestens mangelhafte Bekämpfung der Terrormiliz Daesch und die Durchreise europäischer Dschihadisten nach Syrien sowie den Militäreinsatz im und das kurdische Afrin in Nordsyrien, der in Berlin als völkerrechtswidrig gilt. Stets erwies sich der Präsident als überwiegend ruppiger Gesprächs- und Verhandlungspartner.

Eine gewisse Entspannung trat erst ein, als er in diesem und im vorigen Jahr deutsche Gefangene entließ, darunter den Menschenrechtsaktivisten Peter Steudtner sowie die Journalisten Deniz Yücel und Mesale Tolu. Überdies verzichtete Erdogan im zurückliegenden Wahlkampf darauf, durch Angriffe auf deutsche Stellen die Stimmung aufzuheizen und dadurch Punkte in der heimischen Bevölkerung zu machen. REGE

Verhaltene Kritik von Beobachtern

Nach den Wahlen in der Türkei haben internationale Wahlbeobachter Mängel kritisiert. „Leider hatten die Kandidaten nicht die gleichen Chancen“, sagte die Leiterin der Beobachterdelegation des Europarates (PACE), Olena Sotnyk, bei einer Pressekonferenz in Ankara. Der von Präsident Recep Tayyip Erdogan verhängte Ausnahmezustand habe mit seinen Restriktionen für Medien und die Versammlungsfreiheit den „Raum für demokratische Debatten beschränkt“. So hätten Medien die Wähler nicht mit ausgewogenen Informationen versorgt.

Die Chefin der OSZE-Beobachter-Mission, Audrey Glover, hob hervor, dass Beobachter behindert und Wähler eingeschüchert worden seien. „Die Wähler hatten eine echte Wahl, aber sie hatten es schwer, ihr Wahlrecht zu nutzen“, sagte Glover.

Der deutsche Wahlbeobachter und CDU-Bundestagsabgeordnete Matern von Marschall sagte, krasse Fälle von Einschüchterung oder Betrug hätten sich in Grenzen gehalten. Die Situation in den Wahllokalen sei „transparent“ gewesen. Fragen tauchten erst „oberhalb dessen auf: bei der Zusammenfassung der Wahlergebnisse auf Distriktebene und beim obersten Wahlrat – ein Vorgang, der schwer nachvollziehbar sei.“ DPA

„Die Türkei und Erdogan stehen an einem Scheidepunkt“



Rebecca Harms sitzt für die Grünen seit 2004 im Europaparlament und gilt als Türkei-Expertin. Zuvor war sie seit 1994 Mitglied des Niedersächsischen Landtags. Harms wurde bekannt als Aktivistin gegen die Atompläne in Gorleben.

Frau Harms, Staatspräsident Recep Tayyip Erdogan ist mit 52,6 Prozent der Stimmen wiedergewählt worden. Wie bewerten Sie das Ergebnis? Ist es schockierend, ernüchternd oder macht es angesichts der vielen Stimmen für die Opposition vielleicht sogar ein wenig Hoffnung?

Rebecca Harms: Präsident Erdogan hat gewonnen, aber die Opposition hat stark abgeschnitten. Angesichts der unfairen Umstände des kurzen Wahlkampfes, der Inhaftierung von Mitgliedern der Oppositionspartei, ohne freie und faire Medienberichterstattung und fortgesetzter Drohungen gegen Oppositionspolitiker und auch Journalisten hat die Opposition ihre Chancen in diesen überraschend angesetzten Neuwahlen auf beeindruckende Weise genutzt. Es gab Prognosen, die eine zweite Runde der

Präsidentenwahl möglich erscheinen ließen. Das wurde nicht erreicht.

Die Wahl war auch die Vollendung des neuen Präsidialsystems in der Türkei. Die Macht liegt nun noch fester in Erdogans Händen, er kann nun überwiegend per Dekret regieren. Welchen Kurs des Machthabers erwarten Sie künftig?

Ich bin nicht nur für die Beendigung des Ausnahmezustands, sondern dränge darauf, dass die Türkei zur Rechtsstaatlichkeit zurückkehrt, dass die massenhafte Verfolgung und Kriminalisierung von Kritikern Erdogans aufhört, dass Menschenrechte und Pressefreiheit wieder respektiert werden und – ganz wichtig – dass der Friedensprozess mit den Kurden wieder aufgenommen wird. Ob es zu einer solchen Umkehr kommen wird, wenn Präsident Erdogan nun noch mehr Macht als Präsident bekommt, kann ich heute nicht sagen. Aber ich bin nicht optimistisch.

Was bedeutet der Ausgang der Wahlen für die EU?

Für die EU ist es eine sehr schwierige Situation. Das Europäische Parlament sollte an seiner Position festhalten, dass in der Türkei die Umsetzung der Verfassungsänderungen

zur Schaffung eines Präsidialsystems ohne Gewaltenteilung und starke parlamentarische Kontrolle nicht mit der Perspektive einer EU-Mitgliedschaft vereinbar ist. Eine Türkei mit diesem System, das Erdogan nun verwirklichen kann, ist von der Venedig-Kommission stark kritisiert worden. Es ist unvereinbar mit dem Fortsetzen der Beitrittsverhandlungen und muss zur offiziellen Aussetzung des Prozesses führen.

Neben Erdogans Anhängern hatten in der Wahlnacht auch die Anhänger der Kurdenpartei HDP allen Grund zum Feiern. Die HDP konnte mit 11,7 Prozent die Zehn-Prozent-Hürde klar überwinden. Hat Sie das gute Abschneiden dieser kurdenfreundlichen Partei überrascht?

Das ist tatsächlich eines der erstaunlichen und positiven Ergebnisse dieser Wahlen. Es ist bemerkenswert, dass die HDP – mit ihrem Kandidaten Selahattin Demirtas hinter Gittern – es nun zum dritten Mal geschafft hat, die Zehn-Prozent-Hürde zu überschreiten. Und das, obwohl Politiker der Partei mit allen Mitteln kriminalisiert wurden, die wichtigsten Abgeordneten ihr Mandat verloren haben und ins Gefängnis gesteckt wurden. Die HDP wurde als Terrorpartei diffamiert, trotz des Kurses von Demirtas, der immer

für eine politische Lösung der Kurdenfrage eingetreten ist.

Das Abschneiden der HDP ist ein Indiz für die starke politische Spaltung in der Türkei. Glauben Sie, dass diese Wahl die Spaltung verstärkt?

Die Polarisierung und Konfrontationen in der türkischen Gesellschaft sind in den vergangenen Jahren deutlich verschärft worden. Das ist extrem sichtbar geworden in der Abkehr Erdogans vom Friedensprozess und in dem Rückfall des Südostens der Türkei in einen Bürgerkrieg und hat sich fortgesetzt mit der türkischen Militäroffensive in überwiegend kurdischen Gebieten in Syrien. Es gibt eine neue Konfrontation zwischen denjenigen, die eine islamisch geprägte Türkei wollen und denjenigen, die eine säkulare Türkei wollen. Die Massenverfolgung seit dem gescheiterten Putsch verschärft die Spannungen.

Von den wahlberechtigten Türken in Deutschland hat Erdogan sogar 64,8 Prozent Unterstützung für seinen Kurs bekommen. Was sagt dieses Teilergebnis aus?

Wir haben am Wahlabend die Ergebnisse türkischer Wähler in Deutschland, in den Niederlanden, in Großbritannien und in den

USA vergleichen können. In den Niederlanden und in Deutschland sind Erdogan und seine AKP ganz weit vorne gewesen, während in Großbritannien und den USA der Kandidat der Opposition, Muharrem Ince von der CHP, ganz weit vorne lag.

Haben Sie eine Erklärung für diese sehr unterschiedlichen Ergebnisse?

Es ist oft so, dass in der Diaspora – egal, um welche es konkret geht – die Konfrontationen extremer sind. Aber für die deutlichen Unterschiede zwischen den Ländern habe ich ehrlich gesagt noch keine befriedigende Erklärung gefunden.

Auch mit Blick auf das neue Präsidialsystem kann Erdogan jetzt fünf weitere Jahre lang regieren. Was könnte das für die Entwicklung der Türkei bedeuten?

Wenn Erdogan dieses Land fünf weitere Jahre lang kontrolliert, dann weiß ich nicht, ob dieser Wettbewerbs zwischen den Parteien in fünf Jahren noch möglich sein wird. Mein Eindruck ist, dass die Türkei und Erdogan an einem Scheidepunkt stehen. Ich bin weiter in großer Sorge um die Zukunft des Landes und seiner Menschen.

Das Gespräch führte Norbert Holst.